



Wir lassen uns nicht spalten!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit –

den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden!

Kiel, im April 2016

Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen nimmt immer mehr zu, in allen Branchen, ob Werften, Schlachthöfe, am Bau, im Einzelhandel und in Krankenhäusern, in Schulen und Verkehrsbetrieben. So werden hunderttausende Beschäftigte schlechter bezahlt und schlechter behandelt als die Stammbesetzung – und damit zum Sozial- und Lohndumping missbraucht.

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD zugesagt:

"Den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit werden wir verhindern."

Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit stoppen - jetzt!

Das Gesetz gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit wurde gestoppt - obwohl Union und SPD im Koalitionsvertrag zugesagt hatten, etwas gegen diesen Missbrauch zu unternehmen. Und das ist dringend notwendig. Denn anders als Arbeitgeber behaupten, ist der Missbrauch von Werkverträgen ein echtes Problem.

Empirische Untersuchungen zeigen: Die Argumente der Gewerkschaften sind berechtigt

Die Gewerkschaften in ihrem Bund, dem DGB, können ihre Argumente durch Befragungen und empirische Untersuchungen belegen. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung und mehrere Befragungen von Gewerkschaften bei Betriebsräten aus dem Jahr 2015 zeigen, dass die Zahl der Werkverträge zunimmt und es zum Teil deutliche Hinweise auf Missbrauch gibt.

Eine Befragung von Betriebsräten der IG Metall zeigt zum Beispiel:

- In zwei von drei Betrieben (69 Prozent) werden mittlerweile Arbeiten über Werkverträge fremdvergeben.
- In den vergangenen drei Jahren hat in 22 Prozent der Betriebe die Anzahl der Werkverträge zugenommen.
- Werkverträge werden in allen betrieblichen Bereichen eingesetzt und betreffen Beschäftigte aller Qualifikationsniveaus.
- Durch die Fremdvergabe werden auch Arbeiten mit zentraler Bedeutung für die Produktion ausgelagert. Somit wird direkt in die Wertschöpfungskette eingegriffen.
- Oft werden Werkverträge für Kostensenkungen missbraucht. Das führt dazu, dass errungene Standards unterlaufen werden. In drei Vierteln (73 Prozent) der Betriebe stellen Betriebsräte fest, dass die Beschäftigten in Werkvertrags-Firmen zu schlechteren Arbeits- und Entgeltbedingungen arbeiten müssen.

Die **Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen** (AfA) der SPD, Kreisverband Kiel,

die **Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft** (CDA) der CDU, Kreisverband Kiel,

und

der **Deutsche Gewerkschaftsbund** (DGB) Kiel Region

fordern deshalb, das Gesetz gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit möglichst schnell zu verabschieden.

Jürgen Müller

AfA-Kreisverband Kiel

Vorsitzender

Dr. Andreas Ellendt

CDA-Kreisverband Kiel

Vorsitzender

Frank Hornschu

DGB Kiel Region

Vorsitzender